# Geset : Sammlung fur die

Roniglichen Preußischen Staaten.

No. 20.

(No. 1752.) Allerhochfte Rabinetsorber vom 19ten Oftober 1836., betreffend ben Tarif ber Gebuhren, welche fur bie Benugung bes Schiffbar gemachten Erft - Ranals zwischen ber Stadt Reug und bem Rheine zu erlegen find.

Ich bewillige der Stadt Neuß den Mir mit Ihrem Bericht vom 26sten v. M. eingereichten Tarif der Gebuhren, welche fur die Benugung des schiffbar gemachten Erft. Ranals zwischen ber Stadt und dem Rheine zu erlegen sind, mit der Bestimmung jedoch, daß eine Revision und Regulirung besselben von 5 ju 5 Jah= ren vorbehalten bleibt, und die Stadt verpflichtet ift, über die Ginnahme an Gefallen, sowie über die Ausgaben für die Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals, desgleichen an Unterhaltungskosten 2c. sorgfältig Rechnung zu führen, auch diese Rechnung jederzeit der Regierung zu Duffeldorf auf Verlangen vorzulegen. Mit Hinsicht hierauf habe Ich den zurückerfolgenden Tarif vollzogen. Berlin, ben 19ten Oftober 1836.

## Friedrich Wilhelm.

verven doe dan abag die iventer unider zu N.C. gukachibe Un die Wirklichen Geheimen Rathe Rother und Grafen v. Alvensleben.

für den Gebrauch des Krahmu regeden auner der Bebulh für den Conner noch befondelb gurchart u

Die Stodt gielt zur Rushalfe bei ber Er und Fluskraf-nung gwei Arbaicelante, woogsgen die fann der derlichen Arbeiter von dem Schiffer, rold bem Abgerein Eigen anner zu fellen ind ge

(No. 1753.) Tarif ber Gebühren, welche fur bie Benugung bes schiffbar gemachten Erfi-Ranals zwischen ber Stadt Reuß und bem Rheine zu erlegen find. Bom 19ten Oftober 1836.

### I. Ranal = Gefälle.

Rougeligen Dreubischen Staaten

The same and the s	
Es wird entrichtet:	Pfennige.
1. von jedem Centner Ladung zu 110 Pfund, mit Ausnahme der zu 2. gedachten, dem ermäßigten Satze unterliegenden Gegenstände.	2
2. von Ziegelsteinen, Hausteinen, Platten, Traß, Schiefern, Dachziegeln, Sand, Erde, Basalt, Steingut und Topferswaaren (für Porzellan wird die volle Gebühr berechnet), Reisen, Korbwaaren und leeren Fässern für den Centner	
3. bei gemischten Ladungen für den Centner wie zu 1	1 2 11
Allgemeine Bemerkungen.	ten corb
a) Von Ein: und Ausfuhr ist die gleiche Abgabe zu entrichten.	nium'enal
Zur Zahlung derselben tritt die Verbindlichkeit ein, so- bald ein Schiff den Kanal berührt.	Constitution Socialities
b) Unbeladene Kähne und Jahrzeuge sind von der Abgabe frei.	
c) Wenn Fahrzeuge sich des Kanals als Sicherheitshafen bedies nen, werden von denselben die weiter unten zu III. aufgeführsten Hafengelder erhoben.	
II. Rrahnengeld.	
Für den Gebrauch des Krahnen werden außer der Gebühr zu I. für den Centner noch besonders entrichtet	5
Die Stadt giebt zur Aushulfe bei der Ein = und Auskrah-	

Die Stadt giebt zur Aushülse bei der Ein- und Auskrahnung zwei Arbeitsleute, wogegen die sonst erförderlichen Arbeiter von dem Schiffer, resp. dem Waaren-Sigenischumer zu stellen sind.

drei,Mach finem Ernef							and An	4 (195)	oid in	(Cramo
Un Schukgeld für	den	Wi	nter:	Aufe	nthal	t im	Ran	al en	t= Th	lr. Sgr
richten:			843			Pin Lin	Same			
Kahrieuge	von	1	bis	10	Last			. 118		- 15
Fahrzeuge	bon	11	bis	20	Last	31775	F M		. 1	91111
gimg nicht bedauf, wogegen	bon	21	bis	30	Last	21991	JAU.	19.099.10	. 1	15
legungegeliet on took Ole	von		bis				neilien			
infritorportement her biefer	bon		bis				914(410)			The second
	pon		bis.				R. har		ALCOHOL: MARKET	1 24 mm
and in the Oriesfamaning	pon		bis	70	Saft	12 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1 1				15
ind successful policies on	pon	22332255	bis	80	Saft	10		3164-10		
	pon	81	bis				E inter-		and the same of	
	pon						182		Section 1997	
									1000 1000	15
	noa	4. 7. 3.	ET CONTRACTOR		uvet					1 10
Berlin, ben 19ten	Oftol	er I	836.				in.n			

(L. S.) Friedrich Wilhelm. Rother. Graf v. Alvensleben.

(No. 1754.) Allerhöchste Rabinetsorber vom 22sten Ottober 1836. über die Unzulässigfeit ber zweiten Instanz und resp. die Regulirung des Kostenpunkts in den gegen Militairpersonen, wegen Beleidigung von Civilpersonen eingeleiteten Unterstuchungen.

ur Beseitigung der Zweifel, welche über die Zulässigkeit der zweiten Instanz 28. 7.34. in Untersuchungsfachen gegen Militairpersonen wegen Beleidigungen ber Civilpersonen entstanden sind, bestimme Ich auf den Bericht des Militair-Justizdes partements vom 12ten v. M., und nach deffen dem Gutachten des Staatsminis fteriums konformen Untrag mit Aufbebung der im f. 11. der Berordnung vom 31sten Juli 1788. hieruber gegebenen Vorfdrift, daß, da nach ber Militair-Berfaffung gegen Erkenntniffe ber Stand- oder Rriegsgerichte eine zweite Instang niemale ftattfindet, auch in folden Injuriensachen, weder ber verurtheilten Militairperson ein Milderungsgesuch ober das Rechtsmittel der weiteren Bertheidigung, noch der betheiligten Civilperson ein Aggravationsgesuch wider die stand : oder friegsgerichtliche Entscheidung zustehen foll. Zugleich will Ich bas Bedenken, welches aus der Unwendung des §. 97. Titel 35. ber Prozefordnung hinsichtlich der Gestsegung der Rosten in Untersuchungesachen wider Militairperfonen wegen Beleidigung von Civispersonen entstanden ift, burch die Bestim= 9) n 2 mung (No. 1753-1755.)

mung erledigen, daß das Kriegss oder Standgericht, wenn nach seinem Ermessen eine wissentlich falsche Denunziation angebracht und der Denunziant nach Worschrift der Prozesordnung §. 83. Titel 35. und der Kriminalordnung §. 605. in die Rosien zu verurtheilen ist, die Verhandlungen an das die Untersuchung leitende Militairgericht abzugeben und dieses über den Kostenpunkt durch ein Nessolut zu entscheiden hat, welches der höheren Bestätigung nicht bedarf, wogegen jedoch dem verurtheilten Denunzianten ein Niederschlagungsgesuch an das Gesnerals Auditoriat gestättet sehn soll. Das Militairs Justizdepartement hat diesen Besehl dem Generals Auditoriat mitzutheilen, ihn auch in die Gesetzsammlung aufnehmen zu lassen, und Sie, der Kriegsminister, denselben noch besonders der Armee bekannt zu machen.

Berlin, ben 22sten Oftober 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un das Militair = Justizdepartement.

STREET,

(No. 1755.) Allerhöchste Rabinetsorder vom 28ften Oftober 1836., betreffend die Abanderung bes §. 22. des Stempelgesetges vom 7ten Marg 1822.

unter Modifikation des §. 22. des Stempelgeseiges vom 7ten Marz 1822. Folgendes:

1) Die Strafen, welche unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte durch unterlassene Verwendung des tarismäßigen Stempels zu Amtsverhands lungen verwirken, sind nicht von dem Besißer oder Produzenten der Verhandlung, woben die Kontravention begangen, mit Vorbehalt des Regresses an den Veamten, zu sordern, sondern von dem Lektern selbst einzuziehen.

2) Beamte, welche bei ihren amtlichen Verhandlungen die tarismäßigen Stempel nicht verwenden, werden von der ordentlichen Stempelstrase nicht betrossen, sondern sind, sosern nicht nach der Art des Vergehens, wegen verletzter Amtspslicht, eine höhere Strase eintritt, nur mit einer Ordnungsstrase zu belegen.

3) Die Strafe ist auf den einfachen Betrag des nicht verwendeten Stempels, für den Fall jedoch, daß derfelbe die Summe von 50 Athlic. übersteigt, auf letztern Betrag festzusetzen. Ermäßigung oder Niedersschlagung der Strafe ist von dem Ministerium, zu dessen Verwaltung der Beamte gehört, zu verfügen und durch Beibringung der Verfüs

gung ju den Stempelftrafliften, bei benen bie Strafen ju berrechnen find, nachzuweisen.

4) Notarien sind von den Bestimmungen ju 2 und 3. ausgeschlossen.

5) Hinsichts der Verhaftung der Beamten für die Stempel, deren Verwendung sie bei ihren amtlichen Verrichtungen verabsaumen, verbleibt es bei ben bestehenden Borschriften.

Diese Bestimmungen find durch die Gefetsfammlung zur öffentlichen Rennt= niß zu bringen.

Berlin, den 28sten Oktober 1836.

Friedrich Wilhelm.

An bas Staatsministerium. and from much company including or appropriate constant proposition for the

(No. 1756.) Publikations Patent, den in Der fechezehnten biesjährigen Bundestage Sigung die Haland fol erentes wegen ber Bestrafung von Bergeben gegen ben Deutschen Bund und wegen dant de Lappig an it Za: Auslieferung politischer Berbrecher auf bem Deutschen Bundesgebiete, ge: 1333 : Zalata in oder faßten Beschluß betreffend. Bom 28sten Oktober 1836.

Preußen 2c. 2c. The Sing San Supplies a 18 20

Thun kund und fügen hiemit zu wissen: Die Deutsche Bundesversammlung in habigage affeige hat in ihrer diesjährigen sechszehnten Sigung wegen der Bestrafung von Bereit Linkerten, gehen gegen den Deutschen Bund, und wegen Auslieferung politischer Berbres tehenrey zuzu der dieter cher auf dem Deutschen Bundesgebiete, folgenden Beschluß gefaßt: Tours en forte legenger men

Urtifel 1.

tia, ofen day at days adjig men Da nicht nur der Zweck des Deutschen Bundes in der Erhaltung der dent gegen con wiegenen Unabhangigkeit und Unverletharkeit der Deutschen Staaten, so wie in jener der Beiterzeiten geistes z außern und innern Ruhe und Sicherheit Deutschlands besteht, sondern auch die Verfassung des Bundes wegen ihres wesentlichen Zusammenhanges mit den Vers Chank i den Wern waren fassungen der einzelnen Bundesstaaten als ein nothwendiger Bestandtheil der letz is copy si 20 2002. teren anzusehen ist, mithin ein gegen den Bund oder bessen Verfassung gerich - ..... au J. de. Laun teter Angriff zugleich einen Angriff gegen jeden einzelnen Bundesstaat in sich be- 62 is Noch 1800 2.24 te. greift; so ist jedes Unternehmen gegen die Existenz, die Integritat, die Sicher- 120/1850 203 407 & chance heit oder die Verfassung des Deutschen Bundes, in den einzelnen Bundesstaaten, nach Maßgabe der in den letzteren bestehenden oder kunftig in Wirksamkeit Lagarisan en ladiffe tretenden Gesete, nach welchen eine gleiche gegen den einzelnen Bundesstaat begangene Handlung als Hochverrath, Landesverrath oder unter einer anderen Bes aufface of 1839 aut pfifts nennung zu richten ware, zu beurtheilen und zu bestrafen. wird, igt fir wices frefler

(No. 1755-1757.)

ders town Set a free four andfacts.

Dittis me agriff and de made!

#### Artifel 2.

Die Bundesstaaten verpstichten sich gegen einander, Individuen, welche der Unstistung eines gegen den Souverain, oder gegen die Existenz, Integrität, Verfassung oder Sicherheit eines andern Bundesstaates gerichteten Unternehmens, oder einer darauf abzielenden Verbindung, der Theilnahme daran, oder der Begünstigung derselben bezüchtigt sind, dem verletzen oder bedrohten Staate auf Verlangen auszuliesern, — vorausgesest, daß ein solches Individuum nicht entweder ein Unterthan des um die Auslieserung angegangenen Staates selbst, oder in demselben schon wegen anderer ihm zur Last fallenden Verdrechen zu unstersuchen oder zu bestrassen ist. Sollte das Unternehmen, dessen der Auszuliessernde bezüchtigt ist, gegen mehrere einzelne Bundesstaaten gerichtet senn, so hat die Auslieserung an jenen dieser Staaten zu geschehen, welcher darum zuerst das Aussuchen stellt.

Wir bringen hierdurch diesen Bundesbeschluß zur allgemeinen Kenntniß Unserer Behörden und Unterthanen, und wollen, daß die in demselben enthaltenen Bestimmungen, und zwar nicht bloß in Unseren zum Deutschen Bunde geshörenden, sondern auch in allen übrigen Landestheilen Unserer Monarchie punkts

lich in Ausführung gebracht werden follen.

So geschehen und gegeben Berlin, ben 28sten Oftober 1836.

# (L. S.) Friedrich Wilhelm.

Friedrich Wilhelm, Kronpring.

Frh. v. Altenstein. Gr. v. Lottum. Frh. v. Brenn. v. Ramps. Muhler. Ancillon. v. Rochow. Für den Kriegsminister: v. Scholer. v. Nagler. Gr. v. Alvensleben.

(No. 1757.) Tarif, nach welchem bas Damme und Bruckengelb zu Seehausen in ber Altomark zu entrichten ift. Bom 30ffen Oktober 1836.

- 1) Don jedem Pferde, angespannt, geritten oder ledig . . Funf Pfennige.
- 2) Von jedem Ochsen oder Stier, angespannt oder ledig Funf
- 4) Von jedem Schweine, Schafe und jeder Ziege .... Zwei =

### Befreiungen.

Damm = und Bruckengeld wird nicht erhoben:

1) Von Pferden, welche den Hofhaltungen des Koniglichen Hauses, ims gleichen den Königlichen Gestüten angehören

2) pom

2) vom Urmeefuhrwerke und von Juhrwerken und Thieren, welche Militair auf dem Marsche mit sich führt, desgleichen von Offizieren zu Pferde im Dienste und in Dienstuniform;

3) von Königlichen Beamten, wenn sie auf Dienstreisen sich befinden und

sich als solche legitimiren;

4) von öffentlichen Rourieren und Estafetten, imgleichen von vrdinairen, Reit-, Kariol-, Fahr- und Schnellposten, den dazu gehörigen Beiwagen und ledig zurückkommenden Vostvferden:

5) von Transporten, die für Rechnung der Regierung geschehen, auf Vorszeigung von Freipässen, imgleichen von Vorspanns und Lieferungssuhsern auf der Hins und Rückreise, wenn sie sich als solche durch Fuhrs Befehl ausweisen;

6) von Feuerlosch-, Kreis- und Gemeinde-Hulfssuhren, imgleichen von

Armen = und Arrestantenfuhren;

7) von Fuhren mit Dunger;

8) von Rirchen = und Leichenfuhren innerhalb der Parochie;

9) von allen mit Chauffeebau-Materialien beladenen Suhrwerken.

Alle bisher bereits anerkannte Befreiungen werden durch diesen Tarif nicht aufgehoben, so wie derselbe etwa noch auszuführenden Ansprüchen auf Besfreiung überall nicht entgegen ist.

Berlin, ben 30sten Oftober 1836.

### (L. S.) Friedrich Wilhelm. Rother. Graf v. Alvensleben.

(No. 1758.) Allerhöchste Kabineilorder vom 9ten November 1836., betreffend die katasters mäßige Bezeichnung der Grundstücke in den nach dem Reglement für die Paderbornsche Tilgungskasse vom 8ten August d. J. auszusertigenden Ablösungskurfunden.

Auf Ihren Bericht vom 22sten v. M. genehmige Ich, daß in den über die Ablösung der Reallasten nach §. 17. des Reglements für die Paderbornsche Tilsgungskasse vom Sten August d. J. auszusertigenden Urkunden die pslichtigen Grundstücke nicht nothwendig nach dem Grundsteuerkataster bezeichnet werden dürsen, sondern auch, wenn die Direktion der Kasse es zur Vermeidung nachstheiliger Weiterungen dienlich sindet, nach den herkömmlichen oder andern zu ihster Unterscheidung hinreichenden Bezeichnungen ausgeführt werden können. Diese (No. 1737–1760.)

Bestimmung ist durch die Geseksammlung und das Amtsblatt der Regierung zu Minden bekannt zu machen.

Berlin den 9ten November 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un den Staats = und Finanzminister Grafen b. Albensleben.

(No. 1759.) Allerhöchste Kabinetsorber vom 12ten November 1836., die Verleihung der revidirten Städteordnung vom 17ten Marg 1831. an die Stadt Schönlanke im Großherzogthume Posen betreffend.

Uuf Ihren Bericht vom 19ten v. M. will Ich der Stadt Schönlanke im Großherzogthume Posen, dem Wunsche derselben gemäß, die revidirte Städtes Ordnung vom 17ten März 1831. verleihen, und ermächtige Sie, den Obers Präsidenten der Provinz mit deren Einführung zu beauftragen.

Berlin, ben 12ten November 1836.

Friedrich Wilhelm.

An den Staatsminister v. Rochow.

(No. 1760.) Allerhöchste Kabinetsorder vom 21sten November 1836., die Auschebung des uns as no newissy bedingten Berbots des Besuchs der Universitäten zu Erlangen, Würzburg und heidelberg betreffend.

Durch Meine an das Staatsministerium heut ergangene Order habe Ich Meinen Erlaß vom 20sten Mai 1833., das Verbot des Besuchs fremder Unisversitäten enthaltend, modisizirt und das unbedingte Verbot des Studirens der Inländer auf den Universitäten zu Erlangen, Würzburg und Heidelberg außer Kraft gesetz, indem Ich Sie autorisirt habe, auch zum Besuche dieser drei Unisversitäten Ihre Erlaubniß zu ertheilen. Sie haben diesem gemäß in vorkomsmenden Fällen zu verfahren und den gegenwärtigen Erlaß durch die Gesetzsammslung bekannt zu machen.

Berlin, den 21sten November 1836.

Friedrich Wilhelm.

Un ben Staatsminiffer grh. v. Altenftein.